

Wie ehrlich meint es die CDU mit dem neuen VW-Gesetz

Schneck: „Kanzlerin Merkel und Ministerpräsident Wulff müssen sich fragen lassen, ob die CDU wirklich geschlossen zum neuen VW-Gesetz steht.“

Im Niedersächsischen Landtag hat sich die CDU eindringlich zum neuen VW-Gesetz bekannt und auch Kanzlerin Merkel hat noch in dieser Woche unter tosendem Beifall von 18.000 VW-Mitarbeitern auf der Betriebsversammlung in Wolfsburg versichert, dass sie und die gesamte CDU für ein neues VW-Gesetz stehe. Aber bereits am vergangenen Freitag wurde im Bundesrat deutlich, dass dies nicht für alle in der CDU gilt. Der Badenwürttembergische Ministerpräsident Oettinger hat sich offen gegen das VW-Gesetz ausgesprochen.

Am heutigen Tage gab es wieder eine Ohrfeige für die Kanzlerin. Der CDU Europaabgeordnete Klaus-Heiner Lehne, der auch rechtspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion ist, brachte im Deutschlandfunk zum Besten, dass er nicht an den Erhalt des VW-Gesetzes glaube. Nach seinen Aussagen widerspricht der Entwurf der Bundesregierung den EU-Wirtschaftsregeln. Er gab den Rat, Niedersachsen möge doch seine Beteiligung auf über 25 Prozent erhöhen, wenn es seinen Einfluss bei Volkswagen erhalten wolle.

Klaus Schneck, SPD Landtagsabgeordneter für Wolfsburg, reagierte entrüstet auf die Äußerungen Lehnes. „Es ist mir vollkommen unverständlich, wie es sein kann, dass die Kanzlerin und der Ministerpräsident der VW-Belegschaft versprechen, dass die CDU geschlossen für ein neues VW-Gesetz stehe, aber stetig von verschiedenster Stelle aus der CDU Knüppel zwischen die Beine derjenigen geschmissen werden, die sich für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Volkswagen einsetzen. Angesichts dieser Äußerungen frage ich mich, wer aus der CDU sich als nächster zum Porsche Lobbyisten macht. Die Kanzlerin und Ministerpräsident Wulff müssen sich fragen lassen, ob die CDU wirklich geschlossen zum neuen VW-Gesetz steht“, so Schneck.